

EDITORIAL



**LIEBE LESERINNEN,
 LIEBE LESER,**

Demokratie braucht offene Türen. Diese eröffnen Perspektiven, neue Wege und ermöglichen den Austausch. Im September hat der Landtag in Hannover seine Türen geöffnet und tausende Menschen haben dieses Fest der niedersächsischen Demokratie mitgefeiert. Wir als SPD-Fraktion waren mitdrin und sind mit Vielen ins Gespräch gekommen. Danke dafür!

Nicht allen ist jedoch derzeit nach Feiern zumute. Viele Menschen sind verunsichert, enttäuscht, sorgen sich um ihre Zukunft. Wir als SPD-Fraktion nehmen diese Sorgen ernst und auf und geben Hilfestellung: Im Plenum haben wir deshalb unter anderem die Themen Zukunft für Volkswagen und Selbstbestimmung bei Schwangerschaften gesetzt.

Durch offene Türen zu gehen ist oft herausfordernd, Dialog kann anstrengend sein. Doch es lohnt sich.

Ihr Fraktionsvorsitzender

Grant Hendrik Tonne



Foto: SPD-Fraktion Niedersachsen

SPD-FRAKTION STEHT AN DER SEITE DER VW-BESCHÄFTIGTEN

INDUSTRIEPOLITIK im Zentrum der Parlamentsdebatte

Von Klaus Wieschemeyer

Die SPD-Landtagsfraktion hat zu Anfang der Plenarwoche Ende September weithin sichtbare Zeichen für die Beschäftigten bei Volkswagen gesetzt. Die Abgeordneten versammelten sich morgens gemeinsam mit den Grünen auf der Landtagstreppe hinter einem Transparent mit der Aufschrift »Jobs sichern. Zukunft gestalten. VW ist Niedersachsen.«

Damit war der Ton für die anschließende Regierungserklärung von Ministerpräsident Stephan Weil und eine Debatte zu einer Resolution der regierungstragenden Fraktionen zu VW gesetzt.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Grant Hendrik Tonne betonte die Bedeutung des Volkswagen-Konzerns für ganz Niedersachsen. »VW ist Niedersachsen. Darum ist es richtig und notwendig, für dieses Unternehmen und vor allem für die Arbeitsplätze zu kämpfen«, sagte Tonne.

In der Resolution fordert Rot-Grün neben der Sicherung von Arbeitsplätzen und der Stärkung der Sozialpartnerschaft vor allem ein Bekenntnis der

Politik zum Hochlauf der E-Mobilität und dem Ausbau der Ladeinfrastruktur.

Tonne kritisierte Forderungen nach einem Ausstieg aus der E-Mobilität als rückwärtsgewandt. Angesichts des hohen Wirkungsgrads der Fahrzeuge gehe es längst nicht mehr um die Frage, ob E-Mobilität sich durchsetze, sondern nur noch, wie schnell. »Solche Nebelkerzen und Debatten von vorgestern verunsichern Kunden und Mitarbeitende gleichermaßen, während der Anteil der verkauften E-Autos weltweit nach oben schießt. Unsere Beschäftigten wünschen sich keine vom Wunschdenken von Nostalgikern getriebenen Diskussionen, sondern klare und vernünftige Rahmenbedingungen, um die guten Autos der Zukunft zu bauen«, so Tonne.

Der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Christoph Bratmann, betonte die Rolle der Beschäftigten: »Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben Volkswagen zu einem Weltkonzern gemacht. Mitbestimmung und soziale Standards waren dabei immer Garant für gemeinsame Krisenbewältigung und Motoren der Weiterentwick-

lung. Die Werke zwischen Nordsee und Harz haben sich längst auf den Weg in die Zukunft gemacht. Nun geht es darum, die Kernmarke gemeinsam wieder fit zu machen«, erklärte Bratmann.

VW ist dabei beileibe nicht das einzige industriepolitische Thema, mit dem sich die SPD-Fraktion in diesen Wochen beschäftigt. So brachte die Fraktion in der Plenarwoche unter anderem einen Antrag auf den Weg, der der traditionsreichen Glasindustrie in der Region Weserbergland plus den Rücken stärkt. Den Sommer über hatte unter anderem die Rettung der Meyer Werft im Emsland das Parlament beschäftigt.

»Wir stehen gerade in schwierigen Zeiten fest an der Seite der Beschäftigten. Das gilt in Papenburg ebenso wie in Wolfsburg, im Weserbergland oder irgendwo anders. Und das gilt für große Unternehmen genauso wie für den Mittelstand«, betonte Tonne. Niedersachsen müsse auch auf Dauer weltweit wettbewerbsfähig bleiben. »Dazu gehören Investitionen in die Zukunft statt Rufe nach der Vergangenheit«, so Tonne. ■

BESSERE BERATUNG UND VERSORGUNG

Initiative stellt Schwangere und ihre Bedürfnisse in den Mittelpunkt



Niedersachsens Landtag setzt sich mit seiner rot-grünen Mehrheit für die bessere Beratung und Versorgung von Frauen während der Schwangerschaft ein

und unterstützt deren Selbstbestimmungsrecht.

Ein Maßnahmenpaket soll Frauen unabhängig von Einkommen, Wohnort,

»
Wir brauchen
einen
anderen
Blick.«

Karin Emken

IMPRESSUM

Herausgeber: SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag
Verantwortlich: Lars Drebold, Geschäftsführer der SPD-Fraktion Niedersachsen

Mitarbeiter an dieser Ausgabe: Eva Güntzel, Klaus Wieschemeyer
Redaktionsschluss: 17. Oktober 2024
Redaktion: Klaus Wieschemeyer, Klaus Wieschemeyer@it.niedersachsen.de

Anschrift: Hannah-Arendt-Platz 1, 30159 Hannover
spd-fraktion-niedersachsen.de
Layout & Satz: Anette Gilke

Alter oder Sprache einen niedrigschwelligen Zugang zu Informationen und medizinischer Versorgung ermöglichen.

»Wir brauchen einen anderen Blick, der die Bedürfnisse von Frauen und Familien in den Mittelpunkt stellt und ihnen eine passgenaue Betreuung zukommen lässt«, sagt die frauenpolitische Sprecherin der Fraktion, Karin Emken. Dem komme der Antrag nach.

Der Landtag setzt sich unter anderem für eine flächendeckende Hebammenversorgung, die diskriminierungsfreie Förderung von Kinderwunschbehandlungen, eine Online-Schwangerschaftsberatung und eine bessere medizinische Versorgung bei einem Schwangerschaftsabbruch ein.

»Wir wollen Frauen in jeder Situation die bestmögliche Unterstützung bieten«, so Emken. »Eine selbstbestimmte Schwangerschaft ist ein grundlegendes Recht, und wir setzen alles daran, dass dieses Recht in Niedersachsen umfassend gestärkt wird.« ■